

# Paderborner Volksblatt

## für Stadt und Land.

Nro. 33.

Paderborn, 17. März

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Borgis-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

### Uebersicht.

Die Grundrechte des deutschen Volkes.

Amliches.

Deutschland. Paderborn (Nachwahl); Berlin (Kammervorhandlungen; Nachrichten über eine Verschwörung; die Finanzen; Circular-Note des dänischen Ministeriums; die Kammern); Königsberg (das Oberlandesgericht); Köln (Brand); Frankfurt (National-Versammlung; Welcker); Von der polnischen Gränze (Ufka des russischen Kaisers).

Frankreich. Paris (die österreichischen Noten).

Italien. Rom (die Zustände in Rom).

Neueste Nachrichten.

Vermischtes.

R. Paderborn, 16. März 1849.

Grundrechte des deutschen Volks.

Artikel IV.

Presßfreiheit.

§. 13. Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.

Die Presßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maßregeln, namentlich Censur, Concessionen, Sicherheitsbestellungen, Staatsauflagen, Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Postverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden.

Ueber Presßvergehen, welche von Amtswegen verfolgt werden, wird durch Schwurgerichte geurtheilt.

Ein Presßgesetz wird vom Reiche erlassen werden.

Die freie Presse schützt die Freiheit und Rechte des Volkes mehr, als Bürgerwehren und andere politische Schutzmittel. Sie besitzt den Scharfblick und den Verstand der ganzen Nation. Ueberall sind ihre Augen und Ohren, überall wird ihre Rede verstanden und ihr Ruf vernommen. Es kann ihr keine Verletzung der Freiheit und der Rechte des Volkes entgehen. Sie kann das Volk über seine Rechte belehren und ihm zugleich die Mittel und Wege angeben, wie es dieselben schützen und wahren kann. In der Freiheit der Presse liegt zugleich die Möglichkeit ihres Mißbrauchs. Sie ist auch thatächlich nicht immer tugendhaft. Sie kann ihre Macht mißbrauchen und wie sie eine Führerin und Beschützerin des Volkes, so kann sie auch eine gefährliche Verführerin desselben sein. Der Mißbrauch derselben ist jedoch deshalb nicht zu fürchten, weil in ihr zugleich das Gegenmittel gegeben ist; denn werden durch die Presse irrige Ansichten, verderbliche Lehren und Grundsätze verbreitet, so steht es Jedem frei, diesen entgegen zu wirken auf demselben Wege, durch Schriften, wodurch die Irrthümer und Irrlehren aufgedeckt und widerlegt werden. Wir haben darum allen Grund, die erlangene Presßfreiheit als ein großes Gut zu ehren. Früher war die Presse vom Staate bevormundet. Alle Schriften, welche gedruckt werden sollten, mußten zur Prüfung einem vom Staate bestellten Censor vorgelegt werden, welcher das strich, was nicht gedruckt werden sollte. Das war die seltsame Censur, wodurch zwar manche schlechte Schrift, aber auch ebenso oft Gutes und Wahres unterdrückt worden ist. Jetzt darf man seine Meinung durch Worte, Schrift und bildliche Darstellung frei äußern, ohne dieselbe vorher der Prüfung eines Andern unterwerfen zu müssen. Außer der Censur gab es noch viele andere Mittel, wodurch die Presse in ihrer Wirksamkeit beschränkt wurde. Es geschah dieses durch Concessionzwang, indem diejenigen, welche Zeitschriften herausgeben wollten, von der Regierung Erlaubniß dazu haben mußten, die dann nicht Jedem, welcher darum nachsuchte erteilt wurde;

durch Cauttionen, die von den Herausgebern gefordert wurden; durch den Zeitungsstempel, welcher von jedem Zeitungsreemplare entrichtet werden mußte und wodurch die Zeitungen vertheuert und der Absatz erschwert wurde; durch Debitverbote, welche so weit gingen, daß den Verlags-handlungen, welche mißliebige Schriften verbreiteten, der Verkauf aller ihrer Verlagsartikel untersagt wurde; durch Postverbote, in dem den Postbehörden verboten wurde, gewisse Zeitungen weiter zu befördern. Alle diese directen und indirecten Zwangsmittel gegen die Presse sind aufgehoben. Die Rede- und Presßfreiheit darf man jedoch nicht so verstehen, als sei es jetzt erlaubt, Alles und Jedes ungestraft zu reden, schreiben, drucken oder bildlich darzustellen. Beleidigen wir Andere durch Rede, Schrift oder bildliche Darstellung oder begehen wir dadurch Verbrechen z. B. Verleitung zu Tumult, Aufruhr oder Widerseßlichkeit gegen die Obrigkeit, so sind wir dafür verantwortlich und werden bestraft, Privatbeleidigungen, welche durch die Presse verübt und welche nur auf Antrag des Beleidigten bestraft werden, gehören vor die gewöhnlichen Gerichte. Ueber alle andern Presßvergehen sollen künftig in allen deutschen Staaten Schwurgerichte entscheiden. Auch hat der Reichstag ein besonderes Gesetz verheißen, wodurch die Vergehen, welche durch die Presse verübt werden können, so wie die Strafen näher bestimmt werden sollen.

Fortsetzung folgt.

### Bekanntmachung.

Das Publikum wird hiermit benachrichtigt, daß vom 1. April d. J. ab die fälligen Zins-Coupons der Schuldverschreibungen über die freiwillige Staats-Anleihe in derselben Art, wie die Zins-Coupons von Staats-Schuldsscheinen, werden realisirt werden. Die Zahlung der fälligen Zinsen erfolgt daher halbjährig vom 1. April und 1. October jedes Jahres ab nicht allein bei der Staatsschulden-Tilgungs-Casse (Taubenstraße Nr. 30) täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der drei letzten Tage jedes Monats von Morgens 9 bis Mittags 1 Uhr, sondern auch in den Monaten April und Mai, October und November, bei den Regierungs-Haupt-, Kreis- und andern Special-Cassen. Außerdem können aber die fälligen Zins-Coupons auf alle den königlichen Cassen schuldige Steuern und sonstigen Abgaben, Pächte, Gefälle und Domainen-Veräußerungs- oder Ab-lösungs-Gelder, statt baaren Geldes in Zahlung gegeben werden. Wer mehrere Zins-Coupons besitzt, muß dieselben mit einem nach Litern, Nummern und Beträgen geordneten und genau aufgerechneten Verzeichnisse der betreffenden Casse übergeben. Berlin, 9. März 1849.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Ratan. Köhler. Knoblauch.

### Deutschland.

§ Paderborn, 16. März. In der heute stattgehabten Nachwahl des Abgeordneten für die erste Kammer wurde der Oberlandes-Gerichts-Director Wichmann zu Arnberg gewählt.

C Berlin, 13. März. (Kammer-Verhandlungen.) In der Sitzung vom 10. begann die erste Kammer mit der Adressdebatte. Der Abgeordnete Stahl vermischte in dem vorgelegten Entwurfe jede Entschiedenheit. Es bedürfte einer energischen Wahrung der Heiligkeit von Recht und Gesetz, einer Anerkennung der Thaten der Regierung, durch welche das Land geteilt worden. Auch über die Rechtmäßigkeit des Belagerungszustandes enthalte die Adresse kein Wort und eben so wenig in der deutschen Frage ein Zeugniß zu Gunsten des Rechtsbodens und der bestehenden Machtverhältnisse. Ein Antrag des Abgeordneten Gräff, im Eingang der Adresse das Wort „Ehrfurcht“ mit „ehrerbietigem Vertrauen“ zu vertauschen, wird verworfen. Ueber den Antrag von Sperling, aus dem Entwurf die ausdrückliche freundliche Anerken-